

29.11.2024

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 18/10300 und 18/11300 (Ergänzung)

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HHG 2025)

Einzelplan 07 - Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration

Berichterstatter

Abgeordneter Dr. Bastian Hartmann

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 07 wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 28.11.2024/Ausgegeben: 29.11.2024

Bericht

A Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 07 wurde vom

- Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend mündlich
- Ausschuss für Gleichstellung und Frauen mündlich

und vom

- Integrationsausschuss mündlich

beraten. Der Erläuterungsband zum Einzelplan 07 lag mit Vorlage 18/2840 vor.

Der Einführungsbericht der Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration zu Einzelplan 07 – Bereich Familie, Kinder und Jugend – wurde als Vorlage 18/3208 verteilt. Ferner lag zu den Beratungen im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend die Vorlage 18/3121 vor.

Der Einführungsbericht der Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration zu Einzelplan 07 – Bereiche Gleichstellung, Frauen und LSBTIQ* - wurde als Vorlage 18/3081 verteilt. Zu den Beratungen im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen lag zudem die Vorlage 18/3185 vor.

Zu den Beratungen im Integrationsausschuss lag zusätzlich die Vorlage 18/3265 vor.

- a) Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat den Einzelplan 07 am 2. Oktober 2024 beraten und am 7. November 2024 abschließend beraten und abgestimmt. Der Einzelplan 07, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, wurde anschließend mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD unverändert angenommen.
- b) Der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen hat am 19. September und 7. November 2024 beraten und am 21. November 2024 abschließend beraten und abgestimmt. Es lagen keine Änderungsanträge vor. Der Einzelplan 07, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses (Kapitel 07 060 und Beilage 3 zu Einzelplan 07), wurde hierbei mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD unverändert angenommen.
- c) Der Integrationsausschuss hat in seinen Sitzungen am 2. Oktober 2024 beraten und am 20. November 2024 abschließend beraten und abgestimmt. Änderungsanträge wurden nicht zur Abstimmung gestellt. Der Einzelplan 07, Zuständigkeitsbereich des Integrationsausschusses, wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD unverändert angenommen.

B Ergebnisse des Berichterstattegesprächs

Ein Berichterstattegespräch war entbehrlich. Der Vollständigkeit halber wird auf das Ausschussprotokoll der Haushaltsklausur des HFA APr. 18/681 verwiesen.

C Votum des Unterausschusses Personal

Der Unterausschuss Personal hat in seiner Sitzung am 26. November 2024 einvernehmlich auf die Abgabe eines Votums an den Haushalts- und Finanzausschuss zum Personaletat verzichtet. Der Bericht über das Ergebnis der Beratungen findet sich in der Vorlage 18/3337.

D Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 18/11520 - zu entnehmen. Das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsgesetz (Text) ergibt sich aus der Drucksache 18/11500.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 28. November 2024 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 07 befasst. Es lagen dort Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion der AfD vor. Das jeweilige Abstimmungsverhalten und -ergebnis ergeben sich aus dem Anhang.

E Abstimmung

In der abschließenden Abstimmung zur 2. Lesung wurde der Entwurf des Einzelplans 07 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD **unverändert angenommen**.

Carolin Kirsch
Vorsitzende

Anhang

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 07 010 Ministerium</p> <p>Titel 527 01 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2025</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz 2024</td> </tr> <tr> <td>von 219.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">234.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 72.400 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 146.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Zwecks sparsamen Umgangs mit Steuergeldern sowie aufgrund des herrschenden Konsolidierungsdrucks im Landeshalt sollten Ausgaben für Dienstreisen mindestens um ein Drittel reduziert werden.</p>	HH 2025	Ansatz 2024	von 219.300 Euro	234.300 Euro	um 72.400 Euro		auf 146.900 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	AfD	ja
HH 2025	Ansatz 2024																				
von 219.300 Euro	234.300 Euro																				
um 72.400 Euro																					
auf 146.900 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	Enthaltung																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 07 010 Ministerium</p> <p>Titel 531 10 Ausgaben für Veröffentlichungen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2025</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz 2024</td> </tr> <tr> <td>von 202.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">252.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 101.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 101.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit sollten um die Hälfte gekürzt werden. Um höher zu priorisierende Aufgaben bewältigen zu können, ist angesichts von Konsolidierungsdruck und dem notwendigen sparsamen und effizienten Umgang mit Steuergeldern der Haushaltsansatz bei der Öffentlichkeitsarbeit der Haushaltsansatz zu reduzieren.</p>	HH 2025	Ansatz 2024	von 202.900 Euro	252.900 Euro	um 101.500 Euro		auf 101.400 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	AfD	ja
HH 2025	Ansatz 2024																				
von 202.900 Euro	252.900 Euro																				
um 101.500 Euro																					
auf 101.400 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	Enthaltung																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 07 010 Ministerium</p> <p>Titel 541 10 Veranstaltungen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2025</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz 2024</td> </tr> <tr> <td>von 219.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">169.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 109.600 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 109.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Ausgaben für Veranstaltungen sollten um die Hälfte gekürzt werden. Um höher zu priorisierende Aufgaben bewältigen zu können, ist angesicht von Konsolidierungsdruck und dem notwendigen sparsamen und effizienten Umgang mit Steuergeldern der Haushaltsansatz bei der Öffentlichkeitsarbeit der Haushaltsansatz zu reduzieren.</p>	HH 2025	Ansatz 2024	von 219.200 Euro	169.200 Euro	um 109.600 Euro		auf 109.600 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	AfD	ja
HH 2025	Ansatz 2024																				
von 219.200 Euro	169.200 Euro																				
um 109.600 Euro																					
auf 109.600 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	Enthaltung																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titel 547 13 Sächliche Verwaltungsausgaben für die Bereiche Familiendienste, Familienhilfen, gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt (LSBTIQ*)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 1.681.500 Euro um 1.304.400 Euro auf 2.985.900 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07, 1.1: Anhebung des Ansatzes 2025 von 42.500 Euro um 300.000 Euro auf 324.500 Euro.</p> <p>Begründung:</p> <p>Sicherung bestehender Strukturen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titel 681 00 Sonstige Leistungen an natürliche Personen für künstliche Befruchtung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 0 Euro um 5.339.500 Euro auf 5.339.500 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Kinderwunsch ist für betroffene Familien ein großes Thema, ungewollte Kinderlosigkeit ist noch immer ein tabuisiertes Thema und für Betroffene nur schwer auszuhalten. Familien haben in NRW Unterstützung erhalten, diese darf man nicht gänzlich kappen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titel 684 10 Förderung von Kooperationen der Familienbildung und Familienberatung mit Familienzentren</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 2.000.000 Euro um 3.898.700 Euro auf 5.898.700 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Sicherung der Arbeit der freien Träger sowie Erhalt der Infrastruktur für besonders vulnerable Gruppen</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD Enthaltung</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und gleichgeschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titelgruppe 61 Schwangerschaftsberatung und Kostenerstattung nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen</p> <p>Titel 684 61 Zuschüsse an freie Träger</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <p>HH 2025 Ansatz lt. HH 2024 von 40.404.100 Euro 40.404.100 Euro um 10.404.100 Euro auf 30.000.000 Euro</p> <p>Begründung: Bei der Anzahl der Schwangerschaften ist seit 2015 für NRW statistisch ein Seitwärtstrend belegt, der keinen Aufwuchs in der Infrastruktur rechtfertigt. Auch bei der Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche liegt ein Seitwärtstrend vor, der bei um die 20.000 Abtreibungen in NRW jährlich liegt. Wir fordern daher ein Absenken auf das Niveau von 2018. Dazu kritisieren wir, dass im Posten 250.000 Euro für Dolmetscherleistungen enthalten sind.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titelgruppe 69 Förderung der Familienberatung</p> <p>Titel 633 69 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 2.500.000 Euro um 4.403.300 Euro auf 6.903.300 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07, 1.1: Anhebung des Ansatzes 2025 von 42.500 Euro um 300.000 Euro auf 324.500 Euro.</p> <p>Begründung:</p> <p>Sicherung bestehender Strukturen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titelgruppe 70 Förderung der Familienhilfe und Familienpolitik</p> <p>Titel 633 70 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 0 Euro</p> <p>um 97.200 Euro</p> <p>auf 97.200 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70 Nr. 10: Anhebung von 2.400.000 Euro um 1.003.000 Euro auf 3.403.000 Euro</p> <p>Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70: Nr. 11 Angebote der Familienberatung für Flüchtlingsfamilien in Höhe von 972.300 Euro</p> <p>Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70: Nr. 12 Angebote der Schwangerschaftsberatung für Flüchtlinge in Höhe von 777.800 Euro.</p> <p>Begründung:</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein</p> <p>SPD ja</p> <p>GRÜNE nein</p> <p>FDP ja</p> <p>AfD nein</p>

		Besonders Familien, die in schwierigen Lagen nach NRW kommen, brauchen Unterstützung, um sich integrieren zu können und willkommen zu fühlen. Bei vulnerablen Gruppen darf man nicht sparen.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titelgruppe 70 Förderung der Familienhilfe und Familienpolitik</p> <p>Titel 684 70 Zuschüsse an freie Träger</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 7.576.200 Euro um 7.929.700 Euro auf 15.505.900 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Sicherung der Arbeit der freien Träger sowie Erhalt der Infrastruktur für besonders vulnerable Gruppen</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titelgruppe 70 Förderung der Familienhilfe und Familienpolitik</p> <p>Titel 893 70 Zuschüsse für Investitionen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 0 Euro</p> <p>um 486.200 Euro</p> <p>auf 486.200 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70 Nr. 10: Anhebung von 2.400.000 Euro um 1.003.000 Euro auf 3.403.000 Euro.</p> <p>Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70: Nr. 11 Angebote der Familienberatung für Flüchtlingsfamilien in Höhe von 972.300 Euro.</p> <p>Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70: Nr. 12 Angebote der Schwangerschaftsberatung für Flüchtlinge in Höhe von 777.800 Euro.</p> <p>Begründung:</p> <p>Streichungen bei besonders vulnerabeln Gruppen sind nicht hinzunehmen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein</p> <p>SPD ja</p> <p>GRÜNE nein</p> <p>FDP ja</p> <p>AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AFD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfe; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Neue Titelgruppe 71 Willkommenspaket für Neugeborene</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 0 Euro um 15.600.000 Euro auf 15.600.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft, und es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, ihnen einen gelungenen Start ins Leben zu ermöglichen und Familien kontinuierlich zu unterstützen.</p> <p>Die Einführung eines solchen Willkommenspakets, das Windeln, Informationsmaterial und weitere notwendige Babyartikel enthält – wie es bereits in verschiedenen Kommunen und Ländern, etwa in Finnland, erfolgreich umgesetzt wird – würde eine konkrete Unterstützung und Orientierungshilfe bieten, besonders in den ersten Monaten nach der Geburt. Zudem könnte ein solches Paket als Zeichen der Wertschätzung gegenüber Familien verstanden werden, indem es ihren Beitrag zur Gesellschaft ausdrücklich anerkennt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p>

		<p>Ein Willkommenspaket für Neugeborene wäre somit ein wirkungsvolles Instrument zur Unterstützung und Anerkennung von Familien in Nordrhein-Westfalen, insbesondere in den wichtigen ersten Lebensmonaten.</p> <p>Die Kosten sind durch entsprechende Einsparungen an anderer Stelle im Einzelplan 07 gegenfinanziert.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titelgruppe 75 Förderung der Politik für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter*, nicht-binäre und queere Menschen (LSBTIQ*)</p> <p>Titel 684 75 Zuschüsse an freie Träger</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 2.798.800 Euro um 417.000 Euro auf 3.215.800 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07, 1.2: Anhebung des Ansatzes 2025 von 2.798.800 Euro um 417.000 Euro auf 3.215.800 Euro.</p> <p>Begründung:</p> <p>Sicherung der Arbeit der freien Träger sowie Erhalt der Infrastruktur für besonders vulnerable Gruppen</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titel 547 20 Sächliche Verwaltungsausgaben für den Bereich KiBiz</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 6.240.800 Euro um 1.926.900 Euro auf 8.167.700 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Das System der frühkindlichen Bildung ist massiven Problemen, Kürzungen in jeder Hilfestellung für das System verschlechtern die Lage und sind nicht hinzunehmen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titel 633 19 Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Bereich Qualifizierung und Weiterentwicklung KiBiz</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 93.197.700 Euro um 4.485.100 Euro auf 97.682.800 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Das System der frühkindlichen Bildung ist massiven Problemen, Kürzungen in jeder Hilfestellung für das System verschlechtern die Lage und sind nicht hinzunehmen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titel 633 26 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Kita-Helfer:innen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 136.336.900 Euro um 3.663.100 Euro auf 140.000.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Das System der frühkindlichen Bildung ist massiven Problemen, Kürzungen in jeder Hilfestellung für das System verschlechtern die Lage und sind nicht hinzunehmen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AFD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</p> <p>Titel 684 31 Sonstige Zuschüsse im Bereich Maßnahmen für den Kinderschutz</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 4.555.000 Euro um 556.300 Euro auf 5.111.300 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Mittel dieses Titels sind für Maßnahmen zur Prävention und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen vorgesehen. Der Ansatz dient insbesondere der Finanzierung von Projekten und Veranstaltungen, der Erstellung und Verteilung von Informationsmaterialien, der Durchführung von Fort- und Weiterbildungen, der Beauftragung wissenschaftlicher Studien sowie der Öffentlichkeitsarbeit.</p> <p>Die aktuelle Kürzung in Höhe von 525.400 Euro soll die Finanzierung des neu geschaffenen Amtes eines Landesbeauftragten für Kinderschutz und Kinderrechte ermöglichen. Diese Mittelreduktion gilt es zurückzunehmen, da insgesamt eine Million Euro, die dringend für umfassende Schutzmaßnahmen im Bereich Kinderschutz benötigt würden, nun für das neue Amt umgewidmet wird. Dies führt</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p>

		<p>zu einer weiteren Schwächung der ohnehin begrenzten Ressourcen für präventive Kinderschutzprogramme.</p> <p>Zudem bleibt der Nutzen des neuen Amtes fragwürdig, da die Schaffung zusätzlicher Verwaltungsstrukturen und doppelter Zuständigkeiten befürchtet wird, die die Effizienz im Kinderschutz eher beeinträchtigen könnten. Ferner ist geplant, künftig auch eine Professur für Kinderschutz und Kinderrechte aus diesen Mitteln zu finanzieren, was die finanzielle Belastung des Titels weiter erhöht und die langfristige Wirksamkeit der Kinderschutzmaßnahmen erheblich schwächt.</p> <p>Die Erhöhung ist durch entsprechende Einsparungen an anderer Stelle im Einzelplan 07 gegenfinanziert.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titel 684 31 Sonstige Zuschüsse im Bereich Maßnahmen für den Kinderschutz</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 4.555.000 Euro um 525.400 Euro auf 5.080.400 Euro</p> <p>Begründung: Im Bereich Kinderschutz sind Kürzungen nicht hinzunehmen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD Enthaltung</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppe 61 Kinder- und Jugendförderplan Titel 681 61 Ausgleich für Verdienstaufschlag infolge von Urlaubsgewährung nach dem Sonderurlaubsgesetz</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 3.061.800 Euro um 1.938.200 Euro auf 5.000.000 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks zu Beilage 2 zum Einzelplan 7 - Kinder- und Jugendförderplan Position 1.14: Anhebung des Ansatzes von 3.061.800 Euro um 1.938.200 Euro auf 5.000.000 Euro.</p> <p>Begründung:</p> <p>Aufrechterhaltung der Maßnahmen durch ausreichende Gewährung von Sonderurlaub.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppe 61 Kinder- und Jugendförderplan Titel 684 61 Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07, 1.7: Anhebung des Ansatzes 2025 von 1.120.790 Euro um 126.550 Euro auf 1.247.340 Euro.</p> <p>Begründung: Sicherung bestehender Strukturen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD Enthaltung</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AFD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</p> <p>Titelgruppe 68 Koordinierung der Maßnahmen für junge Geflüchtete</p> <p>Titel 684 68 Zuschüsse an Sonstige</p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von 9.200.000 Euro um 484.300 Euro auf 8.715.700 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Reduzierung der Mittel für Leistungen im Bereich der queerpolitischen Arbeit. Dies betrifft die Organisationen SVLS e.V., together e.V., anyway e.V. sowie die Fachberatungsstelle „gerne anders!“, die sich auf die Integration, Bildung und Stärkung von LSBT-Jugendlichen mit Fluchterfahrung fokussiert i.H.v. 186.760 Euro. Ebenso ist das „Queere Netzwerk NRW“ betroffen, dessen Projekt zur Förderung queerer Jugendbildung und Jugendarbeit im Kontext von Flucht um 297.500 Euro gekürzt wird.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppe 70 Maßnahmen zur Kinder- und Jugendarmutsprävention Titel 633 70 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 13.304.700 Euro um 411.400 Euro auf 13.716.100 Euro</p> <p>Begründung: Sicherung der bestehenden Strukturen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppe 80 Ausbildungsoffensive Kindertagesbetreuung Titel 633 80 Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 3.150.000 Euro um 7.554.500 Euro auf 10.704.500 Euro</p> <p>Begründung: Reduzierungen bei der Qualifikation sind nicht hinzunehmen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD Enthaltung</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppe 80 Ausbildungs offensive Kindertagesbetreuung Titel 681 80 Zuschüsse an natürliche Personen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 0 Euro um 1.814.400 Euro auf 1.814.400 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Reduzierung der Förderung von Ausbildung und Personal in der Kita sind bei der aktuellen Lage in den Einrichtungen nicht hinzunehmen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD Enthaltung</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p>Kapitel 07 060 Gleichstellung von Frauen und Männern</p> <p>Titelgruppe 61 „Endometriose“ (neu)</p> <p>Neueinrichtung einer Titelgruppe und einer Haushaltsstelle</p> <p>HH 2025 von 0 Euro um 1.000.000 Euro auf 1.000.000 Euro</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2024 0 Euro</p> <p>Begründung: Endometriose betrifft als Erkrankung in Deutschland mehr als 2 Millionen Frauen. Erkrankte sind mit chronischen Schmerzen, Unsicherheiten bei einer geplanten Schwangerschaft und weiteren schwerwiegenden Problemen konfrontiert. Andere Länder wie Australien und Frankreich haben bereits eigene Endometriose-Strategien verabschiedet um betroffenen Frauen durch Forschung und Therapie zu helfen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein GRÜNE nein FDP nein AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 060 Gleichstellung von Männern und Frauen</p> <p>Titelgruppe 61 Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen</p> <p>Titel 684 61 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen 1. Zuschüsse an die Träger von Einrichtungen des Frauenunterstützungssystems</p> <p>Anhebung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2025</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von 27.600.000 Euro</td> <td>28.076.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.400.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Bedarfe in der Frauenhausinfrastruktur steigen weiter an. Immer mehr Frauen suchen Schutz in Frauenhäusern. Wir fordern daher einen Aufwuchs des Titels um dem gestiegenen Bedarf gerecht zu werden.</p>	HH 2025	Ansatz lt. HH 2024	von 27.600.000 Euro	28.076.600 Euro	um 2.400.000 Euro		auf 30.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2025	Ansatz lt. HH 2024																				
von 27.600.000 Euro	28.076.600 Euro																				
um 2.400.000 Euro																					
auf 30.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 060 Gleichstellung von Männern und Frauen</p> <p>Titelgruppe 61 Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen</p> <p>Titel 684 61 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</p> <p style="padding-left: 40px;">2. Zuschüsse an die spezialisierten Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel; gegen Zwangsheirat und Angebote im Bereich weibliche Genitalbeschneidung</p> <p>Anhebung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2025</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von 2.950.000 Euro</td> <td>3.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.050.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 5.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Phänomenbereiche Zwangsheirat, Vielehe, Kinderehe und Genitalverstümmelung werden laut Statistik zu einem immer größeren Problem. So steigen die Fallzahlen in Deutschland aufgrund der Migration immer weiter an. Ein Aufwuchs im Haushalt ist daher notwendig, um die betroffenen Frauen wirksam zu schützen und zu unterstützen. Daneben muss auch der neue kriminologische Phänomenbereich der Femizide und Ehrenmorde berücksichtigt werden.</p>	HH 2025	Ansatz lt. HH 2024	von 2.950.000 Euro	3.000.000 Euro	um 2.050.000 Euro		auf 5.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2025	Ansatz lt. HH 2024																				
von 2.950.000 Euro	3.000.000 Euro																				
um 2.050.000 Euro																					
auf 5.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p>Kapitel 07 060 Gleichstellung von Männern und Frauen</p> <p>Titelgruppe 61 Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen</p> <p>Titel 684 61 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</p> <p>3. Umsetzung von Maßnahmen zur qualitativen und quantitativen Weiterentwicklung des Frauenunterstützungssystems zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen</p> <p>Anhebung des Baransatzes</p> <p>HH 2025 von 732.100 Euro um 2.267.900 Euro auf 3.000.000 Euro</p> <p>Ansatz lt. HH 2024 2.104.600 Euro</p> <p>Begründung: Der Bedarf an Frauenhäusern und wirksamem Schutz vor Gewalt steigt stetig. Darüber hinaus hat die Migration ganz neue Gewaltphänomene und Schutzbedarfe auch innerhalb des Frauenunterstützungssystems aufkommen lassen. Wir fordern daher eine Anhebung der Maßnahme des Titels auf etwa den Wert von 2023.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein GRÜNE nein FDP nein AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 060 Gleichstellung von Frauen und Männern Titelgruppe 61 Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen Titel 684 61 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 31.282.100 Euro um 2.199.100 Euro auf 33.481.200 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Vorbereitung auf das zu erwartende Gewaltschutzgesetz, dass dann ohnehin Verpflichtungen mit sich bringt; notwendige, fortschreitende Erfüllung der Verpflichtungen der Istanbul-Konvention; Sicherung der Frauenhilfeeinfrastruktur und von Einzelprojekten im Bereich „Gewalt gegen Frauen“, der Prävention und der anonymen Spurensicherung. Es ist nicht zu akzeptieren, dass in diesem sensiblen Bereich zum zweiten Mal in Folge gekürzt wird, deshalb weisen wir auch die Kürzung aus 2024 (300.000€) erneut auf.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 07 060 Gleichstellung von Frauen und Männern Titelgruppe 62 Gleichstellung und Potenzialentwicklung in Beruf und Gesellschaft</p> <p>Titel 686 62 Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2025</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz 2024</td> </tr> <tr> <td>von 8.529.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">9.428.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 4.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 4.529.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Maßnahmen zur Gleichstellung und Förderung von Frauen in Beruf und Gesellschaft sind wichtig, doch die finanzielle Unterstützung dafür muss im Verhältnis zu anderen gleichstellungspolitischen Themen wie dem Gewaltschutz stehen. Aus diesem Titel werden 15 Kompetenzzentren „Frau und Beruf“ gefördert, ohne dass eine Evaluierung oder systematische Erfassung von zeitlichen und personellem Aufwand bei diesem Förderprogramm stattfindet. Ebenso wurde bislang nicht geprüft, ob eine stärkere Konsolidierung und Verlagerung der Beratungsleistungen auf den digitalen Raum sinnvoller sein kann als eine dezentrale Struktur.</p>	HH 2025	Ansatz 2024	von 8.529.000 Euro	9.428.000 Euro	um 4.000.000 Euro		auf 4.529.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	AfD	ja
HH 2025	Ansatz 2024																				
von 8.529.000 Euro	9.428.000 Euro																				
um 4.000.000 Euro																					
auf 4.529.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
AfD	ja																				

		<p>Ein gewaltfreies Aufwachsen und Leben ist für Frauen und Mädchen dagegen eine grundlegende Voraussetzung, um beruflich erfolgreich zu sein und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Daher muss dem Gewaltschutz eindeutig Vorrang eingeräumt werden</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</p> <p>Titel 547 12 Sächliche Verwaltungsausgaben für die Umsetzung integrationspolitischer Maßnahmen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2025</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von 651.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.801.700</td> </tr> <tr> <td>um 151.200 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Förderung der Arbeit der Koordinierungsstelle Muslimisches Engagement in NRW (KME NRW) ist einzustellen. Eine weitere Sonderstellung gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften ist nicht länger darstellbar. Über die KME werden aktuell unter anderem Fachveranstaltungen und Dialogformate angeboten, die dem fachlichen Austausch, der Sichtbarmachung der Vereine und ihres gesellschaftlichen Beitrags sowie der Vernetzung untereinander und dem innermuslimischen Dialog dienen sollen. Die Landesregierung geht zudem davon aus, dass dynamische Prozesse der Migration und Integration, insbesondere durch soziale, kulturelle beziehungsweise sprachliche Spezifika neuer Einwanderungsgruppen, einen (auch weiterhin) großen Forschungs- und Informationsbedarf mit sich bringen. Diese Annahme teilen wir nicht.</p>	2025	Ansatz lt. HH 2024	von 651.200 Euro	2.801.700	um 151.200 Euro		auf 500.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2025	Ansatz lt. HH 2024																				
von 651.200 Euro	2.801.700																				
um 151.200 Euro																					
auf 500.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</p> <p>Titel 633 67 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 95.446.200 Euro um 22.764.300 Euro auf 118.210.500 Euro</p> <p>Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks: Untertitel 6 "Förderprogramm "Zuwanderung aus Südosteuropa", Zuweisungen an Gemeinden, die überdurchschnittlich viel Zuwanderung aus Südosteuropa erfahren" in Höhe von 5.500.000 Euro. Untertitel 7 "Komm-AN Programmteil II - Bedarfsorientierte Maßnahmen vor Ort" in Höhe von 7.050.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Wir beantragen einen neuen Untertitel 6 "Förderprogramm "Zuwanderung aus Südosteuropa" und den Erhalt der Zuwendungen. Kommunen mit einer hohen Zuwanderung aus Südosteuropa sind besonderen Herausforderungen ausgesetzt, für die sie die Mittel bisher eingesetzt haben. Dabei handelt es sich teilweise um niedrighschwellige, aufsuchende Arbeit, die nicht in das Kommunale Integrationsmanagement übertragbar sind. Ohne die Mittel werden Integrationsmaßnahmen für die Gruppe deutlich erschwert und potenzielle Folgen für die Zugewanderten und die</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD nein</p>

		<p>Kommunen in Kauf genommen. Um dies zu verhindern und die positiven Effekte weiter zu stärken, muss das Förderprogramm weitergeführt werden.</p> <p>Wir beantragen einen neuen Untertitel 7 "KOMM-AN NRW Programmteil II („Bedarfsorientierte Maßnahmen vor Ort“) und den Erhalt der Mittel für diesen Programmbaustein. Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler sind eine bedeutende Säule der Integrationsarbeit in NRW. Sie leisten eine wichtige Arbeit bei der Begleitung, Beratung, sozialen und bürokratischen Unterstützung und als Wegbegleiter für Geflüchtete. Ohne die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements in NRW würde die Integrationsarbeit in den Kommunen nur halb so gut gelingen. Maßnahmen zur Qualifizierung von ehrenamtlich tätigen Personen und der Begleitung ihrer Arbeit müssen weiterhin aufrecht erhalten werden.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</p> <p>Titel 684 67 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2025</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von 5.217.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">4.684.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.217.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Förderung des Dokumentationszentrum DOMID ist einzustellen, da es aus zahlreichen anderen Quellen eine finanzielle Förderung des DOMID gibt (Stadt Köln, NRW-Ministerium für Kultur und Wissenschaft, LVR, Kulturstiftung des Bundes, Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Evonik). Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage sind diese Einsparungen vertretbar.</p> <p>Notwendige Ausgaben für den Förderverein des Landesintegrationsrats gem. Teilhabe- und Integrationsgesetz bzw. Gemeindeordnung NRW sollen zukünftig aus dem Titel 686 68 (Zuschüsse an Sonstige) erfolgen.</p> <p>Darüber hinaus ist die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements der Organisationen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte – im Anbetracht der angespannten Haushaltslage – weiter zu reduzieren.</p>	2025	Ansatz lt. HH 2024	von 5.217.000 Euro	4.684.200 Euro	um 2.217.000 Euro		auf 3.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2025	Ansatz lt. HH 2024																				
von 5.217.000 Euro	4.684.200 Euro																				
um 2.217.000 Euro																					
auf 3.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewandelter – Unterpunkt 3</p> <p>Titel 685 67 Zuschuss an die Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2025</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von 891.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: center;">891.000</td> </tr> <tr> <td>um 891.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Förderung für das Stiftung Zentrum Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) ist einzustellen. Die Landesregierung kann auf Nachfrage keine schlüssigen Argumente für einen weiteren Forschungsbedarf darlegen.</p>	2025		Ansatz lt. HH 2024	von 891.000 Euro		891.000	um 891.000 Euro			auf 0 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">CDU</td> <td style="width: 70%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2025		Ansatz lt. HH 2024																							
von 891.000 Euro		891.000																							
um 891.000 Euro																									
auf 0 Euro																									
CDU	nein																								
SPD	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</p> <p>Titel 686 40 Ko-Finanzierungsmittel für die ESF-geförderten Basis-sprachkurse zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2025</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von 900.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">900.000</td> </tr> <tr> <td>um 900.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Landesregierung kann auch auf Nachfrage nicht die genaue Zielgruppe oder weitere Details zu dieser Maßnahme benennen. Alternativ gibt es ein großes Angebot an Sprachkursen im Zuständigkeitsbereich des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF).</p>	2025	Ansatz lt. HH 2024	von 900.000 Euro	900.000	um 900.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2025	Ansatz lt. HH 2024																				
von 900.000 Euro	900.000																				
um 900.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</p> <p>Titelgruppe 67 Leistungen für die integrationspolitische Infrastruktur nach dem Teilhabe- und Integrationsgesetz</p> <p>Titel 686 67 Zuschüsse an Sonstige</p> <p>Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks: Untertitel 4 "Interkulturelle Zentren und niedrigschwellige Integrationsvorhaben" in Höhe von 929.000 Euro.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Mittel dienen dem Erhalt der Angebote aufgrund steigender Zahlen Neuzugewanderter sowie seit Jahrzehnten hier lebender Menschen, um u.a. auch strukturelle Herausforderungen begegnen zu können. Wir fordern außerdem den Untertitel 3 des Vorjahres wieder einzufügen, so dass die Mittel für die interkulturellen Zentren im Haushalt ersichtlich bleiben.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</p> <p>Titelgruppe 68 Förderung der Integration Eingewanderter und des Zusammenlebens in Vielfalt</p> <p>Titel 686 68 Zuschüsse an Sonstige</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 2.831.000 Euro um 1.170.800 Euro auf 4.001.800 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07 Position 11: Aufrechterhaltung des Programms "Mehr als Queer" in Höhe von 120.000 Euro.</p> <p>Begründung:</p> <p>Wir fordern den Erhalt der Mittel. Die Mittel sind u.a. vorgesehen für Projektförderungen in folgenden Bereichen: soziale Eingliederung von Eingewanderten, Maßnahmen gegen Rassismus, Maßnahmen zum Thema Antidiskriminierung, Maßnahmen im Bereich der Islamismus-Prävention, zur Förderung der Mehrsprachigkeit, zur Qualifizierung sowie für die Förderung der sozialen Beratungsarbeit für Sinti und Roma in NRW.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</p> <p>Titel 686 68 Zuschüsse an Sonstige</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2025</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von 2.831.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">4.001.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 831.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 2.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Maßnahmen im Bereich Islamismusprävention sowie das Projekt Quaz.Ruhr sind fortzuführen. Das Projekt „Quaz.Ruhr“ beinhandelt ein Individuelles Qualifizierungszentrum für Zugewanderte der Region Mittleres Ruhrgebiet (Bochum, Herne, Witten, Hattingen u. Dortmund) am Standort der ehemaligen Ausbildungswerkstatt des Automobilherstellers Opel in Bochum. Die Umsetzung des Projekts erfolgt durch einen Verbund regional ansässiger Träger, der von der antragstellenden QBS Gewerkstatt gGmbH vertreten wird. Unter dem Motto »Alles unter einem Dach« erhalten erwerbslose Menschen mit Flucht- und/oder Einwanderungsgeschichte ein auf ihre individuellen Voraussetzungen zugeschnittenes und optimiertes Sprach- und Qualifizierungsangebot. Alle weiteren aus diesem Titel geförderten Projekte sind vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltsslage auf ein Minimum zu reduzieren oder einzustellen. Unangetastet bleiben dagegen die neuen Präventionsangebote aus Maßnahmenpaket im Nachgang des islamistischen Terroranschlags von Solingen.</p>	2025	Ansatz lt. HH 2024	von 2.831.000 Euro	4.001.800 Euro	um 831.000 Euro		auf 2.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2025	Ansatz lt. HH 2024																				
von 2.831.000 Euro	4.001.800 Euro																				
um 831.000 Euro																					
auf 2.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 518 01 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2025</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von 77.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">36.023.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 40.976.400 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 36.023.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Der weitere Ausbau der Landesunterkünfte ist dem Bürger nicht länger vermittelbar. Es ist die dringendste Aufgabe der Landesregierung eine Rückführungsinitiative einzuleiten und Druck auf die Bundesebene auszuüben mit dem Ziel den weiteren Zustrom von Asylsuchenden – im Rahmen der illegalen Sekundärmigration nach Deutschland – deutlich einzudämmen. Im Zuge der Umsetzung dieser Maßnahmen wären die bisherigen Unterbringungskapazitäten auskömmlich.</p>	2025	Ansatz lt. HH 2024	von 77.000.000 Euro	36.023.600 Euro	um 40.976.400 Euro		auf 36.023.600 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2025	Ansatz lt. HH 2024																				
von 77.000.000 Euro	36.023.600 Euro																				
um 40.976.400 Euro																					
auf 36.023.600 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 518 04 Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2025</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von 4.100.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.603.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.496.800 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.603.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Der weitere Ausbau der Landesunterkünfte ist dem Bürger nicht länger vermittelbar. Es ist die dringendste Aufgabe der Landesregierung eine Rückführungsinitiative einzuleiten und Druck auf die Bundesebene auszuüben mit dem Ziel den weiteren Zustrom von Asylsuchenden – im Rahmen der illegalen Sekundärmigration nach Deutschland – deutlich einzudämmen. Im Zuge der Umsetzung dieser Maßnahmen wären die bisherigen Unterbringungskapazitäten auskömmlich.</p>	2025	Ansatz lt. HH 2024	von 4.100.000 Euro	1.603.200 Euro	um 2.496.800 Euro		auf 1.603.200 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2025	Ansatz lt. HH 2024																				
von 4.100.000 Euro	1.603.200 Euro																				
um 2.496.800 Euro																					
auf 1.603.200 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 536 00 Rückführung und Rückführungsbegleitung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2025</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von 17.824.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">17.824.500</td> </tr> <tr> <td>um 10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 27.824.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Zum Stichtag 31.08.2024 waren in NRW 52.854 in vollziehbar ausreisepflichtig. Einhaltung des Ausländerrechts ist die Ausweisung vollziehbar ausreisepflichtiger Personen unabdingbar. Da auf Landes- und Bundesebene Rückführungsinitiativen angekündigt wurden, sind die Haushaltsmittel dieses Titels entsprechend anzupassen.</p>	2025	Ansatz lt. HH 2024	von 17.824.500 Euro	17.824.500	um 10.000.000 Euro		auf 27.824.500 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2025	Ansatz lt. HH 2024																				
von 17.824.500 Euro	17.824.500																				
um 10.000.000 Euro																					
auf 27.824.500 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 546 11 Aufwendungen für Leistungen des bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW und anderer Dienstleister</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2025</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von 48.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 48.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Der weitere Ausbau der Landesunterkünfte ist dem Bürger nicht länger vermittelbar. Es ist die dringendste Aufgabe der Landesregierung eine Rückführungsinitiative einzuleiten und Druck auf die Bundesebene auszuüben mit dem Ziel den weiteren Zustrom von Asylsuchenden – im Rahmen der illegalen Sekundärmigration nach Deutschland – deutlich einzudämmen. Im Zuge der Umsetzung dieser Maßnahmen wären die bisherigen Unterbringungskapazitäten auskömmlich.</p>	2025	Ansatz lt. HH 2024	von 48.500.000 Euro	0 Euro	um 48.500.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2025	Ansatz lt. HH 2024																				
von 48.500.000 Euro	0 Euro																				
um 48.500.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 547 10 Ausgaben für die Betreuung von Bewohnern von Aufnahmeeinrichtungen des Landes</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2025</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von 650.815.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">454.864.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 150.815.600 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 500.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Wie aus dem „Letter of intent“ im Zusammenhang mit der geplanten ZUE Gladbeck hervorging, waren im Zuge der Betreuung und Verpflegung der untergebrachten Personen erhebliche Ausgaben vorgesehen. Die Rede war von einer Verpflegungspauschale in Höhe von 16 Euro je Person und Tag. Auch, wenn die Landesregierung zu den bestehenden Einrichtungen diesbezüglich keinen Angaben machen möchte, gehen wir von ähnlichen Kosten aus. Die Ausgaben liegen damit weit über dem Betrag, der Bürgergeldempfängern zusteht. Auch Im Rahmen der Betreuung gehen wir von einem erheblichen Einsparpotential aus. Vor diesem Hintergrund sind die Pauschalen entsprechend zu reduzieren. Geplante Ausgaben für zusätzliche Landeseinrichtungen lassen sich durch eine Aussetzung des geplanten Ausbaus des Landesunterbringungssystems auf 41.000 Plätze vermeiden. Die zusätzlichen Mittel zur Stärkung der</p>	2025	Ansatz lt. HH 2024	von 650.815.600 Euro	454.864.200 Euro	um 150.815.600 Euro		auf 500.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2025	Ansatz lt. HH 2024																				
von 650.815.600 Euro	454.864.200 Euro																				
um 150.815.600 Euro																					
auf 500.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

		Gewaltschutzkoordinatoren in den Landeseinrichtungen im Rahmen des Sicherheitspaktes (1.211.800 Euro) bleiben unberührt.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 547 12 Ausgaben für die Zentrale Landeserstaufnahmeeinrichtung in Bochum</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2025</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von 21.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">13.937.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 7.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 14.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Eine Anhebung der Haushaltsmittel um 50% lässt sich bei derzeit sogar sinkenden Zugangszahlen nicht darstellen. Daher ist die vorgesehene Erhöhung der Mittel zurückzunehmen.</p>	2025	Ansatz lt. HH 2024	von 21.000.000 Euro	13.937.700 Euro	um 7.000.000 Euro		auf 14.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2025	Ansatz lt. HH 2024																				
von 21.000.000 Euro	13.937.700 Euro																				
um 7.000.000 Euro																					
auf 14.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 547 18 Sächliche Verwaltungsausgaben für die zentrale Ausländerbehörde für Fachkräfteeinwanderung</p> <p>Anhebung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2025</td> <td style="width: 60%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>625.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">625.000</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>110.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>735.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die „Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung“ (ZFE NRW) ist bei Aufenthalten zum Zweck der Ausbildung sowie zum Zweck der Erwerbstätigkeit von großer Bedeutung. Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden bei der Visumserteilung unterstützt. Insbesondere die Gewinnung von hoch qualifizierten Fachkräften ist für den Industriestandort NRW von großer Bedeutung. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang z.B. der MINT-Bereich. Ähnlich bedeutend ist beispielsweise das Handwerk. Viele Unternehmen haben große Schwierigkeiten bei der Gewinnung neuer Arbeitskräfte. Um die Arbeit der ZFE NRW noch weiter optimieren zu können, sollen 2 zusätzliche Personalstellen eingerichtet werden.</p>	2025		Ansatz lt. HH 2024	von	625.000 Euro	625.000	um	110.000 Euro		auf	735.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2025		Ansatz lt. HH 2024																							
von	625.000 Euro	625.000																							
um	110.000 Euro																								
auf	735.000 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 633 10 Erstattung der Kosten der Zentralen Ausländerbehörden</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2025</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von 60.362.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">51.962.000</td> </tr> <tr> <td>um 39.638.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 100.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Deckung des Mehrbedarfs u.a. für die personelle Aufstockung der bestehenden ZAB sowie für die räumliche Unterbringung des zusätzlichen Personals. Aufbau von 2 weiteren ZAB in den Regierungsbezirken Köln und Düsseldorf. Federführende Übernahme weiterer Aufgaben wie z.B. aller Aktivitäten im Zusammenhang mit Rückführungen, die aktuell noch von den kommunalen Ausländerbehörden übernommen werden sowie insbesondere auch der sozialen Flüchtlingsberatung. Die bisher durch die Landesregierung vorgesehene Erhöhung ist in diesem Zusammenhang nicht ausreichend.</p>	2025	Ansatz lt. HH 2024	von 60.362.000 Euro	51.962.000	um 39.638.000 Euro		auf 100.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2025	Ansatz lt. HH 2024																				
von 60.362.000 Euro	51.962.000																				
um 39.638.000 Euro																					
auf 100.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 681 10 Aufwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mit Ausnahme der §§ 3 und 4 Asylbewerberleistungsgesetz für Bewohner von Aufnahmeeinrichtungen des Landes</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2025</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von 73.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">44.016.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 43.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Der weitere Ausbau der Landesunterkünfte ist dem Bürger nicht länger vermittelbar. Es ist die dringendste Aufgabe der Landesregierung eine Rückführungsinitiative einzuleiten und Druck auf die Bundesebene auszuüben mit dem Ziel den weiteren Zustrom von Asylsuchenden – im Rahmen der illegalen Sekundärmigration nach Deutschland – deutlich einzudämmen. Im Zuge der Umsetzung dieser Maßnahmen wahren die bisherigen Unterbringungskapazitäten auskömmlich.</p>	2025	Ansatz lt. HH 2024	von 73.500.000 Euro	44.016.000 Euro	um 30.000.000 Euro		auf 43.500.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2025	Ansatz lt. HH 2024																				
von 73.500.000 Euro	44.016.000 Euro																				
um 30.000.000 Euro																					
auf 43.500.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 681 11 Aufwendungen gemäß §§ 3 und 4 Asylbewerberleistungsgesetz für Bewohner von Aufnahmeeinrichtungen des Landes</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2025</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von 87.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">55.426.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 57.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Der weitere Ausbau der Landesunterkünfte ist dem Bürger nicht länger vermittelbar. Es ist die dringendste Aufgabe der Landesregierung eine Rückführungsinitiative einzuleiten und Druck auf die Bundesebene auszuüben mit dem Ziel den weiteren Zustrom von Asylsuchenden – im Rahmen der illegalen Sekundärmigration nach Deutschland – deutlich einzudämmen. Im Zuge der Umsetzung dieser Maßnahmen wären die bisherigen Unterbringungskapazitäten auskömmlich.</p>	2025	Ansatz lt. HH 2024	von 87.000.000 Euro	55.426.900 Euro	um 30.000.000 Euro		auf 57.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2025	Ansatz lt. HH 2024																				
von 87.000.000 Euro	55.426.900 Euro																				
um 30.000.000 Euro																					
auf 57.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 684 40 Förderung der Flüchtlingsarbeit</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2025</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von 418.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">418.100</td> </tr> <tr> <td>um 418.100 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die freiwillige institutionellen Förderung des Flüchtlingsrats NRW ist einzustellen. Der Tätigkeitsbereich des Beschwerdebeauftragten der UfA Büren ist an den Beschwerdebeauftragten der Landesregierung für die Landesunterkünfte zu übertragen.</p>	2025	Ansatz lt. HH 2024	von 418.100 Euro	418.100	um 418.100 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2025	Ansatz lt. HH 2024																				
von 418.100 Euro	418.100																				
um 418.100 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 684 41 Soziale Beratung von Geflüchteten</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 18.900.000 Euro um 18.900.000 Euro auf 35.000.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Der Titel 684 41 Soziale Beratung von Flüchtlingen unterteilt sich in verschiedene Förderbereiche. Diese reichen von der Verfahrensberatung innerhalb der Aufnahmeeinrichtungen des Landes bis hin zu regionalen Beratungsstellen und psychosozialen Zentren außerhalb der Aufnahmeeinrichtungen des Landes. Der Erhalt der Mittel für diese Bereiche ist aufgrund des Beratungsbedarfs in den Förderbereichen unerlässlich. Geflüchtete benötigen eine umfängliche Verfahrensberatung und vor allem psychosoziale Beratung. Das Zusammenlegen unterschiedlicher Förderprogramme, hier mit der regionalen Beratung, ist nicht zielführend. Zusätzlich drängen wir auf die rechtzeitige Fertigstellung der Förderrichtlinien, um den Trägern Planungssicherheit zu gewährleisten und eine rechtzeitige Antragstellung zu ermöglichen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 684 41 Soziale Beratung von Geflüchteten</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2025</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von 18.900.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">35.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 18.900.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Bei der Förderung der sozialen Beratung von Flüchtlingen handelt es sich um eine freiwillige Leistung des Landes NRW. Die Tätigkeit ist federführend an die Zentralen Ausländerbehörden zu übertragen. In diesem Zusammenhang sind auf Landesseite potenzielle Doppelstrukturen abzubauen. Dazu zählen beispielsweise auch bestehende Beratungsstrukturen auf kommunaler Ebene.</p>	2025	Ansatz lt. HH 2024	von 18.900.000 Euro	35.000.000 Euro	um 18.900.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
2025	Ansatz lt. HH 2024																				
von 18.900.000 Euro	35.000.000 Euro																				
um 18.900.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 685 40 Zuschüsse für Rückkehrprojekte einschließlich vorbereitender Maßnahmen</p> <p>Anhebung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2025</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von 6.139.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">8.350.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 6.139.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 12.278.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Anzahl der ausreisepflichtigen Personen auf einem unverändert hohen Niveau. Erfolgreiche Rückkehrprogramme, wie das Projekt „Ura“ für den Kosovo sind aus Haushaltsmitteln des Landes NRW auszubauen und auf andere Länder zu erweitern, insbesondere auf die Länder des Westbalkans und die Maghreb-Staaten. Neu aufgenommen werden sollte das Rückkehrprogramm Fit4Return, bei dem – vor der Rückkehr in die Heimat – eine praktische Ausbildung gefördert wird. Dabei geht es insbesondere um Tätigkeiten, die im Heimatland benötigt werden. (Vgl. Lt.-Drucksache 17/3021)</p>	HH 2025	Ansatz lt. HH 2024	von 6.139.000 Euro	8.350.900 Euro	um 6.139.000 Euro		auf 12.278.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2025	Ansatz lt. HH 2024																				
von 6.139.000 Euro	8.350.900 Euro																				
um 6.139.000 Euro																					
auf 12.278.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 685 40 Zuschüsse für Rückkehrprojekte einschließlich vorbereitender Maßnahmen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 6.139.000 Euro um 2.211.900 Euro auf 8.350.900 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Vor dem Hintergrund des Sicherheitspaketes der Landesregierung und verstärkter Bemühungen Straftäter abzuschieben, darf dieser Titel nicht gekürzt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 812 10 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2025</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2024</td> </tr> <tr> <td>von 16.021.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.255.500</td> </tr> <tr> <td>um 15.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.021.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Geplante Anschaffungen für den Ausbau des Landesaufnahmesystems können entfallen, da der weitere Ausbau nicht erforderlich ist.</p>	2025	Ansatz lt. HH 2024	von 16.021.000 Euro	1.255.500	um 15.000.000 Euro		auf 1.021.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2025	Ansatz lt. HH 2024																				
von 16.021.000 Euro	1.255.500																				
um 15.000.000 Euro																					
auf 1.021.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				